

Hier kommen die wichtigsten Ergebnisse der GR-Sitzung am 26.06.2025 im Detail für euch:

(weitere Einzelheiten können gerne bei uns persönlich nachgefragt werden)

Erweiterung des Ortskerns

Im neuen Kerngebiet (v.a. entlang der Kremser Straße) werden 12 Wohneinheiten pro Grundstück möglich sein. Dies wurde statt der momentanen Bausperre festgelegt, die gerade ausläuft. Die Grünen Absdorf haben eine Überarbeitung des Raumordnungsprogramms gefordert, da diese Einschränkung nicht ausreichend ist und aus unserer Sicht zunächst die Infrastrukturthemen (Trinkwasser, Kindergarten, Schule, Grün- und Naherholungsbereiche) erledigt gehören. Dies wurde abgelehnt.

Im Konzept wäre auch vorgesehen gewesen, auf z.B. Garagen, Carports etc. verpflichtend eine PV-Anlage zu installieren (egal in welcher Himmelsrichtung gelegen). Photovoltaik im Schatten? Zumindest diesen Punkt konnten wir entschärfen.

Zusätzlich wurde beschlossen, die Wirkung des Raumordnungsprogramms und des Teilbebauungsplans nach 2 Jahren nochmals zu überprüfen, um Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen.

Land schreibt Budgetsanierung vor

Zusätzliche Einnahmen durch Gebührenerhöhungen, Sparmaßnahmen sollen in den einzelnen Ausschüssen überlegt werden, Projekte sowie Finanzierungen müssen künftig kritischer hinterfragt werden. Ein Konzept dafür muss heuer noch dem Land vorgelegt werden. In den kommenden Jahren muss gespart werden.

Osmose- / Wasseraufbereitungsanlage

Die Osmoseanlage (Wasserenthärtung) selbst ist noch nicht eingebaut, auch einige andere dazu gehörige Gewerke sind noch offen. Darüber hinaus sind die bisher schon aufgelaufenen Projektkosten und der Projektverlauf (immer wieder Verschiebungen) unklar. Trotzdem soll über die Aufnahme eines Kredits über 1 Mio. Euro sofort entschieden werden.

Aufgrund fehlender Unterlagen zum Projekt und unvollständigem Konzept zur Sanierung des Gemeindebudgets legen die Grünen eine Reihe von Fragen zum bisherigen Projektgeschehen auf den Tisch (diese müssen lt. Gemeindeordnung bis spätestens zur nächsten Gemeinderatssitzung beantwortet werden) und verlassen den Raum für die Abstimmung, um ein politisches Statement zu setzen. Wir sind grundsätzlich dafür, ein bereits begonnenes Projekt wie die Wasseraufbereitungsanlage abzuschließen. Eine Entscheidung in dieser Größenordnung und in dieser Situation muss aber gut durchdacht und mit Fakten begründet erfolgen!

Erhöhung von Gebühren und Abgaben

Dies betrifft folgende Bereiche: Wasser, Kanal, Aufschließungskosten, Hundeabgabe, Kindergarten, Pacht, Friedhof. Die Grünen Absdorf setzen sich für eine soziale Abfederung am Beispiel von Tulln ein, dies wird jedoch abgelehnt.

Erweiterung der Volksschule

Zubau zum bestehenden Gebäude soll von der BIG (Bundesimmobiliengesellschaft) bewertet werden, ist aber nicht die von BGM Dam bevorzugte Variante. Das Budget dafür ist noch nicht eingeplant, wird erst nach Festlegung auf eine Variante gemacht.

Absdorfer Kommunalimmobilien GmbH

Der Antrag der Grünen Absdorf zur Bildung eines Gremiums (bestehend aus je 2 Gemeinderät:innen pro Fraktion) wurde von der ÖVP abgelehnt, stattdessen soll ein vom BGM Franz Dam selbst vorgeschlagener Prüfer bestellt und von der "Kommunale" bezahlt werden (was schlussendlich wieder Kosten für die Gemeinde bedeutet). Seine Begründung: Datenschutz!? Darüber hinaus will er diesen Punkt im Nichtöffentlichen Teil der nächsten GR-Sitzung beschließen.

Transparenz sieht für die Grünen Absdorf anders aus!

Wir sagen: Die Gemeinde sollte die Möglichkeit haben, ihre 100%ige Tochter selbst zu überprüfen.

Auch noch bemerkenswert:

Terminplanung der GR-Sitzungen im Voraus

Der Antrag, einen Terminplan für die Gemeinderatssitzungen zumindest ein halbes Jahr im Voraus bekannt zu geben, wurde von der ÖVP abgelehnt. Begründung: BGM Dam muss schauen, dass seine 11 Mandatare immer da sind, damit er die Mehrheit hat. Eine Vorausplanung ist nicht möglich!

Wir fragen uns: warum schaffen es andere (größere) Gemeinden wie z.B. Sieghartskirchen, Tulln, St. Andrä-Wördern, die Terminplanung für ein ganzes Jahr im Voraus festzulegen?

Das führt zu einer eindeutigen Benachteiligung aller Oppositionsparteien! Sitzungstermine und zugehörige Themen werden somit weiterhin erst 5 Tage vor der Sitzung verkündet und eine gute Planung und Vorbereitung bleibt für alle Beteiligten schwierig.

Wir wünschen uns echtes Mitbestimmen und Gleichbehandlung!

Dauer der Sitzung: 8h! (18:00h – 02:00h), 24 Tagesordnungspunkte im öffentlichen Teil (3 davon von der Opposition), einige weitere Punkte im nichtöffentlichen Teil

Unterlagen zu den Sitzungsthemen: werden uns - wenn überhaupt - erst schrittweise innerhalb dieser 5 Tage vor der Sitzung zur Verfügung gestellt, dieses Mal ein sehr wichtiges Schriftstück sogar erst aufgrund unserer Aufforderung 46h vor Sitzungsbeginn! Dadurch wird eine gewissenhafte Vorbereitung erschwert bzw. unmöglich gemacht und in der Sitzung müssen dann viele Fragen geklärt werden. Das kostet Zeit, ist manchmal in der Kürze gar nicht möglich und erzeugt bei so manchen ÖVP-Mandataren zunehmenden Unmut.

Wir sagen trotzdem: wir treffen Entscheidungen nur nach Prüfung der zugehörigen Unterlagen – weil wir unsere Verantwortung ernst nehmen!